

Vortrag beim Heidelberger Gespräch der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden am 13.11.2013 in Heidelberg

Josef Freise

Können internationale Freiwilligendienste heute noch Friedensdienst sein?

Internationale Freiwilligendienste haben Konjunktur. Weltwärts als Freiwilligenförderprogramm des BMZ, Kulturweit als Programm des Außenministeriums und der Internationale Jugendfreiwilligendienst (IJGD) des Bundesjugendministeriums fördern Auslandseinsätze im Rahmen von Freiwilligendiensten. Schaut man sich die Beschreibungen der Entsendeorganisationen an, kommt der Begriff des Friedensdienstes kaum vor. Wer die Geschichte kennt, weiß, dass internationale Freiwilligendienste als Friedensdienste gegründet wurden, zum Teil um einen zivilen Beitrag als Alternative zum Wehrdienst zu ermöglichen. Wann kann man heutige Freiwilligendienste als Friedensdienste bezeichnen? Wie müssen sie sich auszeichnen, um dem Anspruch des Friedensdienstes gerecht zu werden? Ich gehe dieser Frage in folgenden Schritten nach: Politikwissenschaftliche Überlegungen sollen die derzeitige politische Lage aus der Perspektive der Friedensforschung kurz kennzeichnen. Einige wirtschaftspolitische Überlegungen gehen auf die Frage der ökologischen Belastbarkeit der Erde und die Herausforderung nachhaltigen Wirtschaftens ein. Theologische Aspekte sollen die Friedensfrage aus christlicher Perspektive beleuchten. Pädagogische Überlegungen gehen auf spezifische Herausforderungen der jungen Generation unter den Bedingungen der Globalisierung ein. Auf dem Hintergrund dieser vier Aspekte (politikwissenschaftlich, wirtschaftswissenschaftlich, theologisch und pädagogisch) möchte ich einen kurzen historischen Abriss der Friedensdienste unter dem Aspekt einbringen, welche spezifischen Herausforderungen heute für Freiwilligendienste gegeben sind, die Friedensdienste sein wollen, und ich schließe mit zusammenfassenden Thesen.

Politikwissenschaftliche Überlegungen

Die nachfolgenden politikwissenschaftlichen Überlegungen schließen sich an Jochen Hippler (2012) an. Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus kam es eine Zeitlang

zu einem "unipolaren Augenblick" der Dominanz der USA, die aber im letzten Jahrzehnt zunehmend erodierte. Deutlich wurde dies an der Verweigerung einzelner Verbündeter, sich am Irakkrieg der USA zu beteiligen. Die derzeitige weltpolitische Lage ist von mehreren Unsicherheiten gekennzeichnet: Zum einen kommt es zu einer Machtverschiebung. China wird noch in diesem Jahrzehnt die USA als größte Volkswirtschaft der Welt überholen (Hippler 2012, 28). In den vergangenen Jahren hat sich der rasante wirtschaftliche Aufstieg der anderen BRICS-Staaten Brasilien, Indien und Südafrika vollzogen. Sie spielen mit Russland und China zunehmend auf der Weltbühne mit. Die USA und die EU sind wegen ihrer enormen Verschuldung und ihrer stagnierenden Wirtschaft zu Bittstellern bei den neuen Reichen, den Golfstaaten, geworden. Die wirtschaftlichen Gravitationszentren verschieben sich massiv. Die alten Industriestaaten der G 20 erleben das Ende ihrer Hegemonie und die zunehmende Unfähigkeit, ihre Politikziele weltweit durchzusetzen. Ihnen gelingt zwar der Sturz von Diktaturen, aber nicht die Neugestaltung der politischen Verhältnisse, wie sich dies an den Beispielen Libyen, Irak und Afghanistan zeigt. Nicht-staatliche Akteure bekommen eine zunehmend wichtige Rolle und zwar als Akteure sehr unterschiedlicher Art: Da sind die *Warlords* in Somalia und Afghanistan, da ist das *Terrornetzwerk* Al-Kaida. *Multinationale Wirtschaftsunternehmen* haben teilweise größere Budgets als ganze Staaten. Auf der anderen Seite wächst die Bedeutung *ziviler Bürgerbewegungen*, die digital vernetzt neue Formen des Protestes und der politischen Einflussnahme entwickeln, wie sich dies bei der Arabellion gezeigt hat. Europa spielt in diesem weltpolitischen Zusammenhalt die Rolle einer Mittelmacht und ist gekennzeichnet durch zum Teil interessengeleitete und zum Teil wertorientierte Politik. Da die EU militärisch nicht bedroht ist, plädiert Hippler für einen spezifischen zivilen und wertorientierten Beitrag den Europa in der Weltpolitik leisten könnte: "*Soft Power* ist zwar kein Allheilmittel, aber für Europa der einzige Ansatz, die globale Zukunft mitzugestalten - nicht im Sinne überkommener und nicht restaurierbarer Dominanzvorstellungen, sondern als einflussreiche und gut vernetzte Mittelmacht" (Hippler 2012, 33). Europäische Friedensdienste können sich als Teil diese „soft power“ verstehen.

Nicht ausgeblendet werden darf aber der interessegeleitete Part der Europapolitik, der sich bei Rüstungsexporten zeigt, bei der systematischen und immer wieder auch menschenrechtswidrigen Abwehr von Flüchtlingen an den europäischen Außengrenzen,

an der ökonomisch motivierten Unterstützung diktatorischer Regime wie in Saudi-Arabien usw.

Entwicklungspolitische Überlegungen

Das vom BMZ geförderte Freiwilligenförderprogramm „weltwärts“, oft fälschlicherweise als „der Freiwilligendienst „weltwärts“ bezeichnet, versteht sich explizit als entwicklungspolitischer Freiwilligendienst. Kann er als ein Friedensdienst bezeichnet werden? Welches entwicklungs- und friedenspolitische Selbstverständnis haben die Freiwilligendienste im Rahmen von weltwärts?

Dazu muss ich etwas ausholen, um den Entwicklungsbegriff, der auch heute noch oft unreflektiert genutzt wird, zu differenzieren. In den Anfangszeiten der "Entwicklungshilfe" galt der globale Norden als Modell gelungener Entwicklung und die "Entwicklungsländer" hatten halt einfach ihren Rückstand aufzuholen und Entwicklung nachzuholen. Vertreter der postkolonialen Theorie kritisieren massiv dieses Konstrukt einer unilinearen Entwicklung und fordern andere Konstrukte wie das der Reparationen: Der globale Norden müsse die Schäden, die er durch den Kolonialismus und durch das ungerechte postkoloniale Weltwirtschaftssystem angerichtet habe, mit Reparationszahlungen wieder ausgleichen. Die afrikanische Entwicklungsbank hat in einer mit der US-Organisation „Global Financial Integrity“ (GFI) veröffentlichten Studie herausgefunden, dass den jährlichen Entwicklungshilfegeldern für Afrika in Höhe von 30 Mia. Dollar Abflüsse von 50 Mia. Dollar gegenüberstehen (Dieterich 2013, 18). Zu dieser Kapitalflucht zählen „schmutzige Gelder“ wie „illegal abgezweigte Beiträge aus den Erlösen von Bodenschatzexporten, aber auch zur Steuerhinterziehung ins Ausland geschleuste Mittel oder auch Schwarzgeld aus Korruptionszahlungen“ (Dieterich 2013, 18). Allein Nigeria soll in den vergangenen drei Jahrzehnten mehr als 250 Mia. Dollar so verloren haben, und das alles wird von westlichen Banken und Steuerparadiesen ermöglicht (Dieterich 2013, 18).

Neben dieser notwendigen und berechtigten Kritik muss aber auch auf den emanzipatorischen Gehalt des Entwicklungsbegriffs hingewiesen werden, der zu einer Kritik an der kolonialistischen Vergangenheit führte und das Thema Gerechtigkeit auf die Tagesordnung brachte. Insbesondere auch in kirchlichen Kontexten galt Entwicklung als "der neue Name für Frieden" (Papst Paul VI). Katholische Enzykliken sowie Dokumente

des Ökumenischen Rats der Kirchen machten die Entwicklungsförderung zum ständigen Anliegen kirchlicher Sozialverkündigung und sprachen von einer Gefahr neuer Kolonialherrschaft, wenn Entwicklungshilfe mit Beherrschungsabsichten verbunden sei und die Achtung der Eigenheiten eines jeden Volkes nicht erfolge. Theologisch ist der Entwicklungsbegriff auch Teil einer Theologie der Befreiung, die menschliche Entwicklung als Emanzipation aus Verhältnissen von Unterdrückung und Ausbeutung deutet.

Bis heute hat der Entwicklungsbegriff seine Zwiespältigkeit aber nicht verloren. Ohne diese Zwiespältigkeit zu reflektieren, kann kein entwicklungspolitischer Freiwilligendienst beanspruchen, Friedensdienst zu sein. Immer wieder bleibt – gerade bei neu gegründeten und aus dem Boden gestampften Freiwilligendienstorganisationen, die von weltwärts gefördert werden - das entwicklungspolitische Selbstverständnis in einer kolonialen und westlich arroganten Überheblichkeitslogik stecken, wenn junge Freiwillige helfen und das bessere Wissen mitbringen. Man spürt geradezu, dass das Projekt der Zivilisierung der Unzivilisierten aus der Kolonialzeit durch das Programm der Entwicklung der Unterentwickelten abgelöst wurde (Uma Kothari zitiert nach Ziai 2010, S. 24). Grundsätzlich sind wir natürlich in unserer Diskussion weiter und bereiten die Freiwilligen auch kritisch vor, zum Beispiel, indem als Ziele der Entwicklungspolitik die Millenniumsentwicklungsziele vorgestellt werden:

- die Beseitigung von extremer Armut und Hunger,
- die Verwirklichung der allgemeinen Grundschulbildung,
- die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung von Macht und Einfluss der Frauen,
- die Senkung der Kindersterblichkeit,
- die Verbesserung der Gesundheit von Müttern,
- die Bekämpfung von HIV / Aids, Malaria und anderen Krankheiten,
- die Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit,
- der Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft (vgl. Holz 2010, S. 3).

So richtig diese Ziele sind, die im September des Jahres 2000 von 189 UN

Mitgliedstaaten unterzeichnet wurden, so unausgewogen ist doch die Zielrichtung, wenn man bedenkt, dass außer dem letzten Ziel der weltweiten Entwicklungspartnerschaft alle anderen sieben Ziele letztlich auf den globalen Süden ausgerichtet sind. Wenn man dagegen das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung ernst nimmt, dann zeigt sich, dass die Länder des globalen Nordens viel stärker in den Fokus geraten, denn die Lebensweise und die Entwicklungsvorstellungen des Nordens sind nicht verallgemeinerbar und führen zu einer Zerstörung des Klimas, zu einer Ausbeutung der Bodenschätze, zu einer nuklearen Verseuchung. Für freiwillige Friedensdienste bedeutet dies, dass Veränderungen in den Ländern des globalen Nordens verstärkt in den Blick genommen werden müssen, und dies macht deutlich, dass Friedensdienste hier im Norden in den reichen Ländern vonnöten sind. Hier sind Rückkehrarbeit gefragt und auch ein Incoming-Freiwilligenprogramm. Das Incoming-Programm, über das die Partner des Südens und Ostens Freiwillige entsenden können, kann darüber hinaus einen Beitrag zur Kooperation auf Augenhöhe leisten. Es gibt dann keine einseitigen Geber-Nehmer-Strukturen mehr, sondern einen möglichst gleichberechtigten Austausch. Dabei kann es nicht um perfekte Spiegelbildlichkeit gehen; die Bedürfnisse und Möglichkeiten der Partner sind andere als die der deutschen Entsendeorganisationen und darauf ist Bezug zu nehmen.

Der Entwicklungsdiskurs muss entscheidend in die Richtung transformiert werden, dass eine ökologisch nachhaltige und sozial gerechte Entwicklung als zentrale Herausforderung für den globalen Norden erkennbar wird.

Auch die Indikatoren wie das Pro-Kopf-Einkommen oder neuerdings der Human Development Index bleiben einseitig, denn es sind eben auch andere Kriterien einer guten Gesellschaft denkbar, wie Aram Ziai schreibt: "Wie steht es mit sozialer Gleichheit, sozialem Zusammenhalt und Selbstmordraten, Gastfreundschaft und Rassismus, Sexismus, dem Umgang mit Alten oder Behinderten? Wie mit dem Ressourcenverbrauch und dem Verhältnis zur Natur?" (Ziai 2010, S. 25). Die Tatsache, dass die herrschenden Begrifflichkeiten wie Bruttoinlandsprodukt, Entwicklungsländer usw. Ergebnis eines weltweiten Diskurses sind, der von Machtverhältnissen geprägt wird, das wird zunehmend unter dem Begriff des kognitiven Kapitalismus gefasst. Damit "wird der Zusammenhang zwischen Wissensproduktion und Wahrheitskonstruktion einerseits und

dem Aufrechterhalten materieller Ungleichheit zwischen dem globalen Norden und Süden andererseits hervorgehoben" (Lokal e.V. 2013, S. 11).

Auch die Begrifflichkeit der Entwicklungszusammenarbeit ist Teil dieses kognitiven Kapitalismus, wenn die Machtasymmetrien nicht thematisiert werden, die in der Zusammenarbeit zwischen Institutionen des Südens und des Nordens vorhanden sind. Es gibt natürlich auch die emanzipatorischen Aspekte der Entwicklungszusammenarbeit überall da, wo Partizipation der Zielgruppen der Entwicklungszusammenarbeit nicht nur gefordert, sondern auch umgesetzt wird. Am weitesten vorangekommen sind hier Entwicklungsprojekte von Nichtregierungsorganisationen, beispielsweise auch von kirchlichen Nichtregierungsorganisationen, die über Jahrzehnte hin in einem intensiven Austausch miteinander stehen und durch Konflikte hindurch miteinander gearbeitet, sich aneinander gerieben und gemeinsam vorangekommen sind. Staatliche Entwicklungszusammenarbeit hebt diese erfolgreichen gemeinsamen Entwicklungsprojekte gerne werbewirksam hervor, die Arbeit der Nichtregierungsorganisationen macht nur einen sehr geringen Teil des gesamten Volumens der Entwicklungszusammenarbeit aus. Kritik an staatlicher Entwicklungszusammenarbeit ist und bleibt beträchtlich. Frank Bliss konstatiert einen nach wie vor großen Widerspruch zwischen dem Anspruch, einerseits die Mitwirkung aller an Entwicklungsmaßnahmen Beteiligten (Stakeholder-Partizipation) zu ermöglichen und andererseits dem Antragprinzip, dass Entwicklungsprojekte immer wieder nach den Regeln des Gebers angefragt werden müssen. "So kommt es doch letztlich höchstens zu einem "Kompromiss" zwischen politischen Vorstellungen beider Seiten" (Bliss 2009, S. 21). Ein weiteres Problem stellt die zeitliche Befristung der Förderung von Projekten dar. Nach Ende eines Projekts und dem Abzug der internationalen Projektmitarbeitenden kommt es oft genug wieder zu einem Rückfall in den Status quo ante. Es wäre schon viel gewonnen, wenn die Geberinstitutionen der Entwicklungszusammenarbeit ihren bisherigen Kriterien wie Gendergerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit usw. das Kriterium Überwindung von Machtasymmetrie hinzufügen würden.

Nachhaltige Entwicklung als zentrale wirtschaftspolitische und friedenspolitische Herausforderung

Man mag marktwirtschaftsorientierte, marxistische oder auch radikalökologische wissenschaftliche Beiträge zur Frage der nachhaltigen Entwicklung lesen: Überall gibt es ganz ähnliche Positionen, die in etwa so lauten: So wie derzeit Politik und Weltwirtschaft funktionieren, kann es nicht weitergehen. Auf der Suche nach Alternativen kommt dann allerdings auch von allen drei Seiten: Wir haben keine Lösung. Angesichts dieser schwierigen Situation ist zu beobachten, dass zunehmend ökologische Sensibilität wieder in den Hintergrund tritt und die ökologischen Herausforderungen verdrängt werden. Friedensdienste müssen sich aber dieser zentralen Herausforderung stellen. Wir brauchen eine Gesellschaft, so der Vorstandsvorsitzende der Stiftung Kulturelle Entwicklung Meinhard Miegel, die Wohlstand mit Nachhaltigkeit verbindet und in der eine Politik herrscht, die die Tragfähigkeitsgrenzen der Erde beachtet. Miegel steht für eine Vision einer weltweiten sozialen und nachhaltigen Marktwirtschaft. Derzeit sieht es aber nach seiner Einschätzung so aus: Entweder wird ein langes gesundes Leben bei guter Bildung bei gleichzeitiger Zerstörung der Lebensgrundlagen erreicht oder die Wahrung der Grundlagen der Schöpfung ist möglich im Kontext eines Lebens, das zumeist elend, brutal und kurz ist (Miegel 2012, 4). Schwellenländer und auch die Staaten in Subsahara-Afrika erleben zurzeit einen wirtschaftlichen Boom, der zu einem Rückgang der weltweiten extremen Armut und einem Anwachsen der globalen Mittelschichten führt. Diesen neuen Mittelschichten können wir keinen Verzicht auf jegliches Wachstum verordnen. Allerdings müssen diese neuen Mittelschichten noch für einen nachhaltigen Wohlstand gewonnen werden, sonst wird alles Reden vom Beachten der ökologischen Tragfähigkeit unseres Planeten Makulatur sein. Hier stellt sich eine kontinentübergreifende Aufgabe für Friedensdienste, gemeinsam mit den Partnern in Lateinamerika, Afrika und Asien nach Lösungen zu suchen, um den globalen ökologischen Kollaps und damit drohenden Umweltkriegen entgegenzuwirken.

Ulrich Brand referiert und vertritt feministische und marxistische Wachstumskritik. Feministische Wachstumskritik geht von einer Ökonomie der Trennung aus. Männer leisten vorwiegend Erwerbsarbeit und Frauen stärker die Haus- und Pflegearbeit, die aber ökonomisch nicht wertgeschätzt wird. Aus feministischer Sicht müsste eine Gemeinschaftsökonomie diese Ökonomie der Trennung überwinden. Aus marxistischer Sicht hat sich eine Klasse von Eigentümern an Produktionsmitteln herausgebildet, die

daran interessiert ist, dass sich ihr Geld vermehrt, während die Mehrheit der Menschen sich durch Lohnarbeit reproduziert (Brand 2012, 12). Es bleibt die Frage offen, "wie Demokratie funktionieren könnte, wenn die Wirtschaft wirklich dauerhaft schrumpfte" (Brand 2012, 14). Um zu erfahren wie eine wachstumsbefreite Gesellschaft demokratisch funktionieren könnte, muss man auf sozialökologische Experimente achten, die von Pionieren des Wandels auf den Weg gebracht werden: "Die Pioniere agieren zunächst als Nischenakteure, können dann aber zunehmend Wirkungskraft entfalten und die Transformation entscheidend befördern" (Wissenschaftlicher Beirat 2011, 6f, zitiert nach Brand). Friedensdienste könnten solche Pioniere des Wandels aufspüren und unterstützen.

Friedenstheologische Überlegungen

Einer der Gründer von EIRENE, der französische Pastor André Trocmé, hat in den 1960er Jahren in seinem Buch *La révolution non violente* die friedenspolitische Vision Jesu beschrieben. Jesus knüpft nach Trocmé an der jüdischen Shalom-Vision und dem Sabbatjahr-Gedanken an. Nach sieben Jahren sollen die Schulden erlassen werden und nach sieben mal sieben Jahren wird im fünfzigsten Jahr, dem Jubeljahr, jegliche Schuldknechtschaft aufgehoben, um einen Neuanfang zu ermöglichen. Nach Trocmé hielt Jesus diesen Augenblick für gekommen. Das Reich Gottes hat jetzt unter euch und in euch begonnen, indem Menschen diese Haltung des Vergebens und des persönlichen und politischen Neuanfangs übernehmen. Diese Überlegungen korrespondieren mit der Deutung, die der jüdische Neutestamentler Pinchas Lapide (2004) der Bibelstelle gibt, in der Jesus gefragt wird, ob Juden den Römern Steuern zahlen sollten. Was bei Martin Luther die Zwei Reiche - Lehre begründete (Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist), klingt bei Pinchas Lapide völlig anders: Jesus lässt sich die römische Münze zeigen, in die das Bild des Kaisers eingeprägt ist, der als Gott verehrt wird. Jesus macht deutlich, dass sowohl aus religiösen als auch aus wirtschaftlichen Gründen der Handel mit römischem Geld abzulehnen sei und Lapide übersetzt "Gebt dem Kaiser zurück was des Kaisers ist". Er meint damit: Handelt nicht mit römischem Geld, so wie es nur die privilegierten jüdischen Schichten in der Stadt Jerusalem tun, während die armen Schlucker auf dem Lande eh keine Chance haben an dieses Geld zu kommen.

Ziviler Ungehorsam ist ein zentraler Aspekt der Botschaft des Friedensstifters Jesu, wenn er bei seinem Einzug in Jerusalem die Geldwechsler aus dem Tempel vertreibt. All dies kann Jesus aus einer inneren Kraft des Glaubens und Vertrauens in die Liebe Gottes tun. Er tritt in eine Distanz zu den damals herrschenden Mächten der Welt und solidarisiert sich mit den Menschen an der Peripherie: den einfachen und armen Bevölkerungsgruppen auf dem Lande in Galiläa, und erst als er erkennt, dass der Schlüssel zu ihrer Befreiung aus Armut und Knechtschaft in Jerusalem liegt, macht er sich auf den Weg ins Machtzentrum.

In der katholischen Kirche haben wir derzeit eine kontrovers geführte Diskussion um den Begriff der Entweltlichung, den sowohl Benedikt XVI., als auch Papst Franziskus benutzen, aber in unterschiedlicher Weise: Entweltlichung kann heißen, sich als Christ aus der unchristlich gewordenen Welt herauszuziehen und in eine kirchliche Sonderwelt hinter Mauern zu überwintern, oder aber aus den Machtzentren und privilegierten Räumen einer feudalen Kirche auszuziehen und an die Ränder der Gesellschaft zu den Armen und Unterdrückten zu gehen. Diese letzte Deutung entspricht auch der Deutung von André Trocmé und der Tradition der Friedensdienste. Sie ist gerade heute in der Finanzkrise und in schwierigen wirtschaftspolitischen Kontexten von Bedeutung. Zu erinnern ist auch an die Rede von Dietrich Bonhoeffer in der Morgenandacht vom 28. August 1934 in Fanö, Dänemark: "Wie wird Friede? Durch ein System von politischen Verträgen? Durch Investierung internationalen Kapitals in den verschiedenen Ländern?, d.h. durch die Großbanken, durch das Geld? Oder gar durch eine allseitige friedliche Aufrüstung zum Zweck der Sicherstellung des Friedens? Nein, durch dieses alles aus dem einen Grunde nicht, weil hier überall Friede und Sicherheit verwechselt werden. [...] Kämpfe werden nicht mit Waffen gewonnen, sondern mit Gott. Sie werden auch dort noch gewonnen, wo der Weg ans Kreuz führt. Wer von uns darf denn sagen, dass er wüsste, was es für die Welt bedeuten könnte, wenn ein Volk - statt mit der Waffe in der Hand - betet und wehrlos und darum gerade bewaffnet mit der alleinguten Wehr und Waffe den Angreifer empfinge?" (zitiert in Warneck 1990, 212).

Pädagogische Aspekte

Die Sozialisation Jugendlicher und junger Erwachsener hat sich in den letzten fünfzehn

Jahren radikal verändert. Zu den Peergroups im Nahbereich sind die "friends" der sozialen Netzwerke gekommen. Jugendliche und junge Erwachsene bilden ihre Identität in Kontakt und Kommunikation mit Menschen weltweit aus. Der ökonomischen Globalisierung des Handels ist eine globalisierte Kommunikation gefolgt. Unser Wissen erweitert sich und es erweitert sich damit auch der Verantwortungsbereich unseres Handelns. Globale Kommunikation und globale Information bewirken aber noch nicht sofort eine globale Verantwortlichkeit. Die derzeitige Debatte über Wertebildung verdeutlicht dies. Hans Joas (2006) macht deutlich, dass Werte nicht einfach unterrichtet und vermittelt werden können wie mathematische oder physikalische Zusammenhänge, die man einmal informativ aufnimmt und dann beherrscht. Werte werden über Erfahrungen angeeignet. Erst wenn Menschen etwas erlebt, gespürt, erfahren und reflektiert haben, bilden sich anschließend Werte. Es sind die enthusiastisierenden oder auch traumatisierenden Erfahrungen, die Menschen betroffen machen, prägen und in ihren Einstellungen verändern. Freiwilligendienste sind hier privilegierte Orte, an denen solche Erfahrungen Werte prägender Art gemacht werden können.

Ein weiterer Gesichtspunkt für Freiwilligen- und Friedensdienste kommt aus der Hirnforschung (vgl. zum Folgenden Huether / Adler / Rüter 1999 und Roth 2011). Die Hirnforschung erläutert, dass Einstellungen und Haltungen Struktur gewordene Erfahrungen sind, die sich durch Verschaltungen im Gehirn verkörpert (embodied) haben. Innere Bilder bestimmen unser Denken, Fühlen und Handeln intensiver als Argumente. Haltungen bilden sich durch mit dem Gefühl verbundene Lebenserfahrungen. Jetzt ist wichtig, dass hier bestimmte Lebenszeiten für die Ausprägung bestimmter Gehirnregionen von besonderer Bedeutung sind: Das Sprachzentrum bildet sich früh in den ersten Lebensjahren, bleibt aber noch bis in das junge Erwachsenenalter sehr flexibel. Die Lautbildung wird mit Beginn der Pubertät abgeschlossen. Das Gehirnzentrum, in dem ethisch-moralische Einstellungen und Haltungen gebildet werden, entwickelt sich erst nach und nach und dann sehr stark im Alter der Postadoleszenz zwischen 18 bis 30 Jahren und bleibt dann eine lebenslange "Baustelle". Das junge Erwachsenenalter ist als "rush hour" des Lebens eine besonders dichte Zeit, die gerade dann lebensentscheidend für die Wertebildung sein kann, wenn sie von Frische und Begeisterungsfähigkeit geprägt ist. In dieser Zeit werden Weichenstellungen des Lebens vorgenommen: in Bezug auf

Freundeskreis und Paarbildung, in Bezug auf Ausbildung, Studium und Beruf und in Bezug auf Weltverständnis, Glaubenseinstellungen und Wertebindungen. Die in dieser Zeit internalisierten Vorstellungen, Werte und Fähigkeiten tragen oft durch das ganze Leben.

Aus dieser Perspektive der Hirnforschung und der Pädagogik hat der Friedensdienst als Lerndienst die große Chance, dass sich hier bei jungen Menschen eine Friedenssensibilität entwickeln kann, wenn sie in ihrem Dienst prägende Erfahrungen gemacht haben: indem sie beispielsweise Armut und Benachteiligung wahrgenommen haben und die Kraft der Solidarität im gemeinsamen Engagement gespürt haben. Für die Nachhaltigkeit von Friedenssensibilität ist die Reflexion entscheidend, denn Erlebnisse werden erst durch Reflexion zu Erfahrungen. Damit Friedenssensibilität nicht ein Strohflecken bleibt, ist es außerdem wichtig, dass die im Auslandsdienst gesammelten Erfahrungen Anknüpfungspunkte nach der Rückkehr finden. Gelebte Solidarität mit Menschen am Rande der Gesellschaft braucht Nahrung und die Erfahrung, dass diese Solidarität zu leben auch zu Hause möglich ist. Wenn Rückkehrende in ein Reverseprogramm eingebunden werden und als Ehrenamtliche beispielsweise bolivianische Freiwillige in Deutschland als Paten begleiten, nachdem sie selbst einen Freiwilligendienst in Bolivien geleistet haben, dann knüpft dieses Engagement an Auslandserfahrungen an und stärkt diese.

Historische Aspekte zur Entwicklung von Freiwilligen- und Friedensdiensten

Reinhard Voß (2011) zitiert Wolfgang von Eichborn, der von mindestens drei Generationen spricht, die bis 1970 die Geschichte des internationalen Friedensdienstes geprägt hätten: die Jugendbewegung der 1920er Jahre, die Zivildienstbewegung im Kontext des ersten Weltkrieges und der Freiwilligendienst des Entwicklungsdienstes ab den 1960er Jahren (Voß 2011, 32). Bereits die internationalen Aufbaulager waren als friedenspolitische und friedenspädagogische Initiativen im Kontext des Ersten Weltkriegs gestartet und sind später immer mehr zu interkulturellen work-camps geworden. Der Entwicklungshilfeminister Erhard Eppler hatte im Bundestag den Entwicklungsdienst als eine Form des Friedensdienstes bezeichnet, doch gewann im Entwicklungsdienst die Armutsüberwindung ein Übergewicht. Dies ging zu Lasten des Friedensaspektes (Voß

2011, 42f). So sollte es auch noch anderen Diensten gehen: zum Ende der 1950er Jahre waren Aktion Sühnezeichen und EIRENE als Friedensdienste gegründet worden, die eine Alternative zum Wehrdienst darstellen sollten. Als Anderer Dienst im Ausland nach §14b des Zivildienstgesetzes konnten sich Zivildienstpflichtige für einen solchen freiwilligen Friedensdienst im Ausland entscheiden und damit ihrer Zivildienstpflicht Genüge tun. Mit dem Wegfall der Wehrpflicht verloren auch diese Freiwilligendienste z. T. ihren offensichtlichen Friedensdienstcharakter. Das Weltwärts-Förderprogramm des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wird von jungen Menschen stärker als karrierefördernder Zwischenschritt zwischen Schule und Ausbildung, bzw. Schule und Beruf, gesehen, denn als Friedensdienst. Als der Entwicklungsdienst seinen Friedensdienstcharakter weitgehend verloren hatte, bildeten sich Kräfte, die einen Expertendienst für den Frieden auf den Weg bringen wollten. Nach 1989 entstand auch im Kontext der Kriege im ehemaligen Jugoslawien ein ziviler Friedensdienst als Fachdienst von Expertinnen und Experten. **So kann man sagen, dass die kurzfristigen work-camps ebenso wie die mittelfristigen Freiwilligendienste und der Entwicklungsdienst einerseits eine Erfolgsgeschichte wurden, andererseits aber ihren ursprünglichen Friedensdienstcharakter oft einbüßten.** Wenn jetzt der Freiwilligendienst im Kontext von Weltwärts, Kulturweit oder vom IJGD kaum noch vom Friedensdienstgedanken geprägt sind, stellt sich die **Frage, wie Freiwilligendienste ihr spezifisches Profil als Friedensdienste schärfen können,** damit es nicht heißt: Wir sind Freiwilligendienste mit einer Friedensdienstgeschichte oder mit einem Friedensdiensthintergrund. Diese Diskussion wird insbesondere auch im Kontext des Inlandsdienstes oder auch der Rückkehrarbeit zu diskutieren sein. Es soll nicht nur darum gehen, junge Menschen professionell ins Ausland zu vermitteln, sondern im Rahmen internationaler Vernetzung, friedenspolitische Fragestellungen aufzugreifen und international vernetzte Friedensarbeit zu fördern!

Abschließende Thesen

1. Freiwilligendienste sind immer dann Friedensdienst, wenn sie auf dem Hintergrund friedenspolitischer Fragestellungen - und im Kontext christlicher Institutionen auch friedentheologischer Reflexion - konzipiert werden und wenn

sie daraufhin reflektiert werden.

Solche Friedensdienste müssten folgende Aspekte beinhalten:

- a. die Reflexion gesellschaftlicher Zusammenhänge mit Blick auf Humanisierung: welchen gesellschaftlichen Stellenwert hat die Freiwilligenarbeit, die hier geleistet wird? Geschieht sie in einem Kontext, der gesellschaftskritisch einen Beitrag zu einer Veränderung und Verbesserung menschlicher Lebensverhältnisse führen soll?
- b. Welche fachlichen, zumindest vorberuflichen, Kenntnisse und Fähigkeiten müssen Freiwillige mitbringen, um hier einen sinnvollen Beitrag zu leisten und keinen Schaden anzurichten (vgl. den „do no harm“-Ansatz)?
- c. Wie werden Haltungen und Lebensstile der Beteiligten unter friedenspädagogischer und spiritueller Hinsicht gefördert und reflektiert?

2. Freiwilligendienste haben immer dann eine Friedensdienstkomponente, wenn die Freiwilligendienst-Erfahrungen im Kontext von struktureller, kultureller und persönlicher Gewalt, von Entwicklung und Frieden kritisch reflektiert werden.

Erlebnisse werden erst durch Reflexion zu Erfahrungen. Junge Menschen sollen darin gestärkt werden, ihre eigene Form der Kommunikation gewaltfrei zu gestalten und zu lernen, wie man nicht diskriminierend mit Menschen umgeht. Wenn sie ihren Einsatz gesellschafts- und friedenspolitisch kritisch reflektieren, kann ihr Freiwilligendienst einen Friedensdienstcharakter zumindest im Sinne einer Friedensdienstkomponente haben.

3. Freiwilligendienste, die Friedensdienste sein wollen, sind dazu aufgefordert, ihre eigenen Strukturen und Handlungsweisen durchgängig auf ökologische Nachhaltigkeit, auf soziale Verträglichkeit und auf eigene Machtstrukturen – insbesondere mit Blick auf die Partner im Ausland - zu reflektieren und zu überprüfen. Zu den ökologischen Aspekten gehören auch Fragen nach der Häufigkeit und Form des Reisens. Zu den Fragen sozialer Gerechtigkeit gehört die Diskussion über Gegenseitigkeit von Freiwilligendiensten. Zu den Machtaspekten zählt die Frage nach Entscheidungsstrukturen bezüglich der Finanzbudgets.

4. Eine Friedensdienst-Organisation sollte immer auch einen Bereich freihalten,

der ohne Zuschussroutinen und Abhängigkeiten vom Staat und von öffentlichen Geldgebern gestaltet werden kann. Freiwilligendienste sind heute so stark in das institutionelle staatliche Zuschusswesen eingebunden, dass eine Freiheit, die für gesellschaftskritische Initiativen notwendig ist, möglicherweise verloren geht. Es sei verwiesen auf die Definition von Wilfried Warneck zum Friedensdienst: "Friedensdienst [...] ist eine ohne materielle Gewinnabsicht freiwillig geleistete und von öffentlichen Großinstitutionen möglichst unabhängige Arbeit, die zur Verwirklichung von Frieden (oder auch zur Sensibilisierung für diese Aufgabe) beiträgt" (Warneck 1979, zitiert in Voß 2011, 31). Hier geht es nicht darum, staatliche Zuschüsse grundsätzlich abzulehnen; der AGDF-Geschäftsführer Jan Gildemeister betont zu Recht, dass die staatlichen Zuschüsse kein gnädiger Weise gegebenes Geld sind, sondern Steuergeld ist, das uns, den Bürgerinnen und Bürgern, gehört. Aber ein Friedensdienst sollte sich immer diesen anarchischen Zug erhalten, auch ohne und gegen jede öffentliche Förderung Friedensdienst-Initiativen zu ermöglichen. Dadurch werden sie möglicherweise Wegbereiter neuer Dienstformen, die wir heute noch gar nicht sehen. Ich denke an kleine Initiativen: In einer Kirchengemeinde hat eine afrikanische Familie Kirchenasyl erhalten und wird dann doch abgeschoben. Es wird befürchtet, dass der Familie in ihrem Heimatland staatliche Repressionen drohen. Ein Friedens- und Entwicklungsdienst unterstützt in dem Heimatland der Familie, in das diese zurückgeschoben wird, Partnerorganisationen, in denen auch deutsche Freiwillige arbeiten, und jetzt wird ein junger Freiwilligen damit beauftragt, die Familie nach der Rückkehr zu begleiten und darauf zu achten, ob hier Menschenrechtsverletzungen gegen die Familie begangen werden. Das ist ein Friedensdienst, der erst einmal so nicht in die standardisierten Dienstformen passt, der aber ganz konkret für die Familie bedeutsam sein kann.

5. Internationale Freiwilligendienste, die Friedensdienste sein wollen, müssen **mehr sein als Freiwilligenvermittlungsagenturen. Sie brauchen verlässliche Partner, mit denen sie ein gemeinsames Anliegen** – z. B. die Arbeit mit einer benachteiligten gesellschaftlichen Gruppe oder ein inhaltliches gemeinsames Ziel wie den Kampf gegen den Klimawandel – **teilen**. Die Partnerschaft auch durch Konflikte hindurch schafft Vertrauensbeziehungen, in denen auch Machtunterschiede thematisiert werden und Wege gesucht werden können, Strukturen der Kooperation so zu verändern, dass die

Machtunterschiede geringer werden.

6. Organisationen, die christliche Friedensdienste organisieren, brauchen eine konstante und stabile Verortung und Vernetzung

- mit Orten der wissenschaftlichen Friedensforschung,
- mit Orten der aktuellen Jugendforschung,
- mit Orten der theologischen Friedensreflexion und
- mit Orten der ökumenischen und interreligiösen Friedensspiritualität.

Literatur:

Bliss, Frank 2009: Partizipation in der Entwicklungsplanung: Anspruch und Wirklichkeit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte Heft 34-35/2009 vom 17. August 2009, S. 21-26

Brand, Ulrich 2012: Wachstum und Herrschaft, In: Aus Politik und Zeitgeschichte 62. Jg., Heft 27-28, <http://www.bpb.de/apuz/139184/wachstum-und-herrschaft-essay> (2.11.2013)

Dieterich, Johannes 2013: „Afrika zahlt für den Westen“, in: Frankfurter Rundschau vom 7.6.2013, S. 18

Hippler, Jochen 2012: Internationale Rahmenbedingungen deutscher Außenpolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 62. Jg., Heft 10, S. 27-33

Holtz, Uwe 2010: Die Millenniumsentwicklungsziele – eine gemischte Bilanz, in: Aus Politik und Zeitgeschichte APuZ 10/2010 vom 8. März 2010, S. 3-9

Huether, Gerald/ Adler, Lothar/ Rüter, Eckart: Die neurobiologische Verankerung psychosozialer Erfahrungen in: Zeitschrift für Psychosoziale Medizin und Psychotherapie Heft 1, 1999; 1-17

Joas, Hans 2005: Die kulturellen Werte Europas. Eine Einleitung, in: Joas, Hans / Wiegandt, Klaus (Hrsg.): Die kulturellen Werte Europas, Frankfurt a. M., 11-39

Lapide, Pinchas 2004: Er predigte in ihren Synagogen. Jüdische Evangelienauslegung. Gütersloh

Lokal e.V. (Hrsg.) 2013: Bildung für nachhaltige Ungleichheit.

<http://www.glokal.org/publikationen/bildung-fuer-nachhaltige-ungleichheit/> (28.10.2013)

Miegel, Meinhard 2012: Welches Wachstum und welchen Wohlstand wollen wir? In: Aus Politik und Zeitgeschichte 62. Jg., Heft 27-28, S. 3-14

Roth, Gerhard 2011: Bildung braucht Persönlichkeit. Wie Lernen gelingt. Stuttgart

Trocme, André 1961: Jésus Christ et la Révolution non violente, Genève

Voß, Reinhard J. 2011: Zum Verständnis von Freiwilligenarbeit und (Friedens-)dienst im Christentum am Beispiel ihrer Geschichte im 20. Jahrhundert, in: Jörgen Klußmann, Angela König (Hg.): Dem Frieden eine Chance geben. Zum freiwilligen Friedensdienst in Christentum und Islam, Bonn, 31-60

Warneck, Wilfried 1990: Friedenskirchliche Existenz im konziliaren Prozess, Hildesheim, Zürich, New York

Ziai, Aram 2010: Zur Kritik des Entwicklungsdiskurses, in: Aus Politik und Zeitgeschichte APuZ 10/2010 vom 8. März 2010, S. 23-28